



Herr  
Oberbürgermeister Matthias Klopfer  
Neues Rathaus  
73728 Esslingen

14. März 2022

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg auf die Ukraine zeigt uns allen deutlich, wie groß unsere Abhängigkeit von Gas, Öl und Kohle vorwiegend aus Russland ist. Damit hat die Abkehr von fossilen Ressourcen, die der Klimawandel nötig macht, eine neue Dimension bekommen.

Wir müssen unabhängig werden von Öl- und Gasimporten aus autokratischen Staaten. Erneuerbare Energien ausbauen und Energieeffizienz fördern. Das ist unsere beste Verteidigung gegen jegliche Abhängigkeiten und Unsicherheiten.

Wir wollen uns der Verantwortung in Esslingen stellen und fordern den kraftvollen Ausbau der Photovoltaik.

Mit besten Grüßen

Carmen Tittel  
Fraktionsvorsitzende

Jürgen Menzel  
stellv. Fraktionsvorsitzender

Andreas Fritz  
stellv. Fraktionsvorsitzender

# **Esslinger Ausbaustrategie der Photovoltaik als ein Baustein zu einer unabhängigen Energieversorgung und einen Beitrag zur Erhaltung des sozialen Friedens in Deutschland**

Eine unabhängige Energieversorgung und damit die eigene Energiesouveränität Deutschlands ist eine entscheidende Antwort auf Putins Angriffskrieg auf die Ukraine. Der Krieg offenbart auf drastische Art und Weise unsere große fossile Abhängigkeit von Gas, Öl und Kohle aus Russland und damit die Verletzlichkeit unserer Wirtschaft, unseres Wohlstands, unserer Versorgungssicherheit – letztlich ist unsere Form des gesellschaftlichen Zusammenlebens, unser sozialer Friede im Land dadurch in Gefahr.

Photovoltaik ist wirtschaftlich, klimafreundlich, muss nicht zwingend selbst betrieben und finanziert werden und senkt im Eigenverbrauch die individuellen Strom- und Unternehmenskosten.

Das Land Baden-Württemberg hat im novellierten Klimaschutzgesetz zwar den Ausbau der Photovoltaik bei Neubauten geregelt, im Bestand gibt es jedoch noch einen großen Nachholbedarf. Zur Hebung dieser bisher ungenutzten Potentiale in Esslingen ist neben einer Federführung durch die Stabstelle Klimaschutz eine Zusammenarbeit vieler Verwaltungsbereiche – auch mit dezentralen Verantwortlichkeiten – erforderlich.

Diese Ziele sowie die Begrenzung des weltweiten Temperaturanstiegs auf maximal 1,5 Grad entsprechend des Pariser Klimaschutzabkommens stellen uns als Gesellschaft neben der Corona-Pandemie vor enorme Herausforderungen, die wir nur gemeinsam meistern können.

Die Gemeinderatsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen sieht aus den oben genannten Gründen die dringende Notwendigkeit, Prozesse zu beschleunigen bzw. schnell in Gang zu setzen, damit wir als Kommune einen Beitrag zur Energiesouveränität und -sicherheit leisten und gleichzeitig die Lebensgrundlage zukünftiger Generationen schützen können.

Damit wir diese Kraftanstrengung gemeinsam stemmen können, stellen wir die folgenden Anträge:

## **1. Projektleitung Stabstelle Klimaschutz**

- 1.1. Die Stabstelle Klimaschutz erarbeitet einen Fahrplan zur Ausbaustrategie der Photovoltaik mit Zuständigkeiten für alle Projektbeteiligten in den verschiedenen Verwaltungsbereichen der Stadt. Ziel ist eine gute und reibungslose Zusammenarbeit der unterschiedlichen Ämter und Verwaltungsteile.
- 1.2. Die im Projekt für die unterschiedlichen Verwaltungsbereiche Zuständigen bekommen über die Stabstelle Klimaschutz eine Schulung zur Photovoltaik, damit sie das nötige Know-how erhalten, um die koordinierenden Aufgaben mit anderen Akteuren wahrnehmen zu können.

## **2. Runder Tisch „Einkaufszentren, Lebensmittelmärkte, Baumärkte“**

- 2.1. Die Stabstelle Klimaschutz richtet einen runden Tisch zum Ausbau der Photovoltaik mit Betreibern von in Esslingen ansässigen Einkaufszentren, Lebensmittelmärkten und Baumärkten ein.

- 2.2. Ziel des Runden Tisches ist der Ausbau von Photovoltaik auf Bestandsgebäuden und Parkierungsflächen dieser Akteure (sofern ihre Dächer bisher nicht mit PV-Modulen bestückt sind).
- 2.3. Die Stabstelle Klimaschutz stimmt sich mit PV-Expert\*innen, u.a. mit dem Photovoltaik-Netzwerk BW (ein Projektzusammenschluss aller Energie- und Klimaschutzagenturen des Landes) und dem Solar-Clusters BW (ein landesweit tätiger Verband der Photovoltaik-Branche) ab und nutzt deren Know-how.

### **3. Finanzierung des Ausbaus der Photovoltaik**

- 3.1. Die Verwaltungsspitze (Oberbürgermeister, Finanzdezernat) erarbeitet zusammen mit der Stabstelle Klimaschutz und den Stadtwerken Esslingen (SWE), der EnBW, den Finanzinstituten und ggf. Bürgerenergiegenossenschaften die Möglichkeiten zur Finanzierung des Ausbaus der Photovoltaik ab.
- 3.2. Die Stabstelle Klimaschutz bringt das Wissen um die unterschiedlichsten Bunds- und Landesfördermöglichkeiten ein.
- 3.3. Ferner sollen mit den Stadtwerken und der EnBW auch die Möglichkeiten zum Betrieb von Photovoltaikanlagen abgestimmt werden.

### **4. Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit durch den Ausbau der Photovoltaik in Handel, Gewerbe und Industrie durch Reduzierung derer Energiekosten**

- 4.1. Die städtische Wirtschaftsförderung erweitert ihre Schwerpunkte um das Fachgebiet Ausbau von Photovoltaik in Handel, Gewerbe und Industrie und macht sich dazu fit.
- 4.2. Sie stimmt sich mit der Stabstelle Klimaschutz und der Klimaschutzagentur des Landkreises Esslingen beim Ausbau der Photovoltaik ab.
- 4.3. Sie richtet einen runden Tisch ein zum Ausbau der Photovoltaik in Handel, Gewerbe und Industrie: Ausbau von Photovoltaik auf Bestandsgebäuden und zur Photovoltaik-Überdachung von Parkierungsflächen im Bestand.
- 4.4. Sie entwickelt zusammen mit der Stabstelle Klimaschutz einen „Beratungsgutschein Photovoltaik“ für Handel, Gewerbe und Industrie.
- 4.5. Sie stimmt sich mit der Innung für Elektrotechnik Esslingen-Nürtingen ab, wie der Photovoltaik-Ausbau von den Elektrobetrieben besser bewerkstelligt werden kann.
- 4.6. Sie bedient sich u.a. des Know-how's des Photovoltaik-Netzwerks BW (ein Projektzusammenschluss aller regionalen Energieagenturen des Landes) und des Solar-Clusters BW (ein landesweit tätiger Verband der Photovoltaik-Branche).

### **5. Runder Tisch „Wohnungswirtschaft“**

- 5.1. Die für diesen Verwaltungsbereich Zuständigen richten einen Runden Tisch „Wohnungswirtschaft“ zum Ausbau der Photovoltaik auf Bestandsgebäuden und bestehenden Parkierungsanlagen ein.

- 5.2. Die Zuständigen stimmen sich mit der Stabstelle Klimaschutz beim Ausbau der Photovoltaik ab und beziehen zur Hebung von Synergien die Stabstelle Wohnen in den Prozess mit ein.
- 5.3. Zusammen mit der Stabstelle Klimaschutz entwickeln die Zuständigen einen „Beratungsgutschein Photovoltaik“ für die Wohnungswirtschaft.
- 5.4. Zusammen mit der Stabstelle Klimaschutz kooperieren die Zuständigen mit weiteren Akteuren (z.B. SWE, Bürgerenergiegenossenschaften) zur Umsetzung von Mieterstrommodellen.

## **6. Einbindung der sozialen, Sport- und Bildungsinfrastruktur**

- 6.1. Die für diesen Verwaltungsbereich Zuständigen richten einen oder mehrere runde Tische ein für die Akteure in Schulen, Kindertageseinrichtungen sowie beim Sport zum Ausbau der Photovoltaik auf Bestandsgebäuden.
- 6.2. Die Zuständigen stimmen sich mit der Stabstelle Klimaschutz beim Ausbau der Photovoltaik in ihren Zuständigkeitsbereichen ab.
- 6.3. Zusammen mit der Stabstelle Klimaschutz entwickeln die Zuständigen einen „Beratungsgutschein Photovoltaik“ für Sportvereine, Schulen und Kindertageseinrichtungen freier Träger.
- 6.4. Zusammen mit der Stabstelle Klimaschutz entwickeln die Zuständigen die bestehenden Förderkriterien für den laufenden Betrieb von Einrichtungen freier Träger in dem Sinne weiter, dass sie den Ausbau der Photovoltaik auf diesen Liegenschaften voranbringen oder bedingen.

## **7. Einbindung Bürgerschaft**

- 7.1. Die Stabstelle Klimaschutz klärt mit der Klimaschutzagentur des Landkreises Esslingen ab, wie die Beratung der Bürgerschaft beim Photovoltaik-Ausbau intensiviert werden kann.
- 7.2. Mit dem Projektziel „Bürger beraten Bürger“ beabsichtigt das Klimagerechtigkeitsbündnis Esslingen derzeit Bürgerinnen und Bürgern zu ehrenamtlichen PV-Berater\*innen ausbilden zu lassen. Die Stabstelle Klimaschutz stimmt sich mit dem Klimagerechtigkeitsbündnis ab, welche Zusammenarbeit in der Folge möglich wäre.
- 7.3. Die Stabstelle Klimaschutz beobachtet die aktuellen Aktivitäten zur Etablierung einer Bürgerenergiegenossenschaft (BEG) durch das Klimagerechtigkeitsbündnis zur Aktivierung privaten Kapitals mit dem Ziel des Ausbaus der Photovoltaik und klärt ab, ob die dadurch möglicherweise entstehenden Finanzierungsmöglichkeiten in die eigenen Aktivitäten mit einbezogen werden können.

## **8. Ämter übergreifendes**

- 8.1. Das Baurechtsamt lässt zukünftig Antragstellenden bei allen eingehenden (und bereits eingegangenen) Bauanträgen zeitnah postalisch Informationsmaterial des vom Land geförderten Photovoltaik-Netzwerkes Baden-Württemberg zukommen (siehe: <https://www.photovoltaik-bw.de/downloads/>)
- 8.2. Die Verwaltung wirkt bei allen ihren gesellschaftsrechtlichen Beteiligungen und Eigenbetrieben (EWB, SWE, NEV, Kliniken, Pflegeheime usw.) auf den (noch stärkeren) Ausbau der Photovoltaik hin.

- 8.3. Die Verwaltung setzt stärker als bisher auf eigenen Liegenschaften und auch auf eigenen Parkplatzflächen im Bestand die Überdachung mit Photovoltaik um.
- 8.4. Die Verwaltung setzt den Beschluss des Gemeinderats von 1995 (Antrag AGL/Grüne) um, bei Bebauungsplanverfahren die Gebäudeausrichtung zur Photovoltaiknutzung zu optimieren, um Photovoltaik zu ermöglichen. Bei der Optimierung sollen zukünftig die Dachformen ebenfalls in die Optimierung einbezogen werden.
- 8.5. Da sich Dachbegrünung und die Nutzung von Photovoltaik nicht gegenseitig ausschließen wird die entsprechende Satzung mit Blick auf die Photovoltaik optimiert.
- 8.6. Das Thema Gesamtanlagensatzung Innenstadt und Solarenergie auf den Dächern in der Innenstadt wird schneller behandelt als bisher vorgesehen.

## 9. Einbindung des Gemeinderats

- 9.1. Die jeweils zuständigen Gemeinderatsgremien werden regelmäßig über den Fortgang der Entwicklung zu den Antragspunkten 1 bis 8 informiert.
- 9.2. Der Ausschuss für Technik und Umwelt wird mindestens vierteljährlich zu allen Entwicklungen zu den Antragspunkten 1 bis 8 informiert.

## B E G R Ü N D U N G

Die Öl- und Gaspreise haben sich seit Beginn des Ukrainekriegs nahezu verdoppelt und sind damit auf ein zuvor undenkbares Allzeithoch geklettert. Dies hat massive Auswirkungen auf Wirtschaft und Verbraucher. Ähnlich entwickeln sich die Kosten für Benzin und Diesel womit die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger deutlich teurer wurde.

Die Energiepreise haben massive Auswirkungen auf die Stromversorgung und auf jegliche Gebäudebeheizung, auf sämtliche Wirtschaftsprozesse und das Leben der Bürgerinnen und Bürger. Die Energiekosten dürften in einer Kettenreaktion noch weitere Preise treiben – nicht nur Düngemitteln, Baustoffe oder Papier werden teurer, sondern auch Lebensmittel, Kleidung und Gebrauchsgegenstände. Steigende Energiepreise erhöhen den Inflationsdruck, Störungen der Lieferketten belasten die Unternehmen. Die Inflation wird durch die hohen Energiekosten angeheizt womit unser gesamtes Gemeinwesen belastet wird.

Wir müssen so schnell wie möglich weg von fossiler Energie, und zwar durch den schnelleren Ausbau der Erneuerbaren Energien. Mit dem massiven Ausbau der Photovoltaik in Esslingen übernimmt die Stadt gesamtgesellschaftliche Verantwortung und leistet einen Beitrag für ganz Deutschland und Europa.

Der massive Ausbau der Photovoltaik ist natürlich für die Sicherung unserer Energieversorgung alleine nicht ausreichend – aber ein sehr wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Daneben müssen beispielsweise Flächen für Windenergie ausgewiesen, Genehmigungsverfahren erleichtert und finanzielle Beteiligungsmöglichkeiten für Kommunen verbessert werden. Es müssen mehr Wärmepumpen zum Einsatz kommen, gerade im Zusammenhang mit der energetischen Gebäudesanierung. Die Industrie muss energieeffizienter werden, auch hier bieten sich die industrielle Wärmepumpe und der Einsatz von Erneuerbaren Energien an. Wir brauchen mehr Elektromobilität, den konsequenten Umstieg von der Erdgas- in die Wasserstoffwirtschaft. Der öffentliche Nahverkehr muss deutlich ausgebaut werden und wir müssen die Energieeffizienz in allen Bereichen deutlich erhöhen und Energieeinsparpotentiale realisieren.

Dieser Antrag soll einen Beitrag zu mehr Energiesicherheit leisten, denn elektrischer Strom aus erneuerbaren Quellen ist der Schlüssel zum postfossilen Zeitalter und zur Dekarbonisierung unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft.